



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Doehn., Rud.: Vorbereitungen zur Präsidentenwahl in den Vereinigten
Staaten.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

biet des Reiches. Das ist die offizielle Theorie, bei der man jedoch wohl nicht für alle Zukunft stehen bleiben kann und wird.

Andererseits hat sich die reichsländische Regierung kürzlich veranlaßt gesehen, mehrere ehemalige Mitglieder der Pariser Commune, die hier im Elsaß eine Zufluchtsstätte gesucht und gefunden, — in Straßburg giebt es nicht weniger als 39 ehemalige Communarden — brevi manu auszuweisen. Das „Els. Journ.“, welches bei dieser Gelegenheit auf den Fleiß und die Arbeitsamkeit dieser Leute hinwies, glaubte, das sei auf speziellen Antrag der französischen Regierung geschehen und wollte darin einen Akt „diplomatischer Courtoisie“ und ein Zeichen des „intimern Charakters“ der Beziehungen zwischen beiden Ländern sehen. Ein orientirender Artikel des Straßburger Regierungsblattes hat uns dagegen belehrt, daß in diesem Falle von derartigen politischen und unpolitischen Muthmaßungen nicht die Rede sein könne, daß es sich dabei nicht um einen Akt politischer Verfolgung, sondern lediglich um eine innere Sicherheitsmaßregel gehandelt hat, zu der schließlich jede Regierung diesen gemeinsamen „Feinden der Gesellschaft“ gegenüber greifen würde.

„

Vorbereitungen zur Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten.

Die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten ist bekanntlich eine indirekte, indem sie durch Wahlmänner oder „Elektoren“ stattfindet, die von den einzelnen Unionsstaaten nach dem Verhältniß der Größe ihrer Bevölkerung gewählt werden. Die Nomination dieser Wahlmänner wird, einem alten Brauche gemäß, von den verschiedenen Parteien auf sogenannten Staatsconventionen in den einzelnen Staaten vorgenommen, die eigentliche Erwählung derselben geschieht aber später durch Listen-Skrutinium aller Aktivbürger der betreffenden Unionsstaaten. Nach der Bestimmung der Bundesverfassung hat nämlich der Kongreß das Recht, den Tag, an welchem die Wahlmänner zu erwählen sind, festzustellen (Art. II. Sect. 1, §. 4.); aber dieser Tag muß, wie die Verfassung ferner ausdrücklich bestimmt, ein und derselbe in allen Staaten der Union sein. Kraft dieser Bestimmung der Bundesverfassung hat der Kongreß durch ein Gesetz vom Jahre 1845 den ersten Dienstag nach dem ersten Montag im November als den Tag zur Erwählung der Elektoren für sämtliche Unionsstaaten festgestellt und dies ist unseres Wissens das noch

jetzt geltende Gesetz. Die Einzelstaaten der Union können durch ihre Gesetzgebungen hieran durchaus nichts ändern. Die Elektorenwahl muß demnach in allen Unionsstaaten an einem und demselben Tage, wie im Jahre 1872 am 5. November, so in diesem Jahre am 7. November stattfinden.

Was nun die Nomination des Präsidentschafts-Candidaten anbetrifft, so wird dieselbe von den verschiedenen Parteien auf sogenannten Nationalconventionen vorgenommen, die durch Delegaten der einzelnen Parteien besandt werden. Die republikanische Partei hat ihre diesjährige Nationalconvention auf den 14. Juni nach Cincinnati im Staate Ohio ausgeschrieben, während die demokratische Partei die ihrige am 27. Juni zu St. Louis im Staate Missouri abzuhalten beschlossen hat; doch ist davon die Rede, daß die Republikaner vielleicht nicht in Cincinnati, sondern in Chicago oder einer andern Stadt der Union zusammentreten werden.

Zur Besichtigung der Nationalconventionen sind nun bereits von verschiedenen Staatsconventionen die nöthigen Schritte gethan worden, so z. B. in Neu-Hampshire, Connecticut, Rhode Island, Pennsylvanien und New-York; es finden aber noch den ganzen April und den Mai hindurch, bis in den Juni hinein, solche Staatsconventionen statt. Von besonderem Interesse ist die republikanische Staatsconvention von New-York gewesen, die am 22. März in der Stadt Syracuse abgehalten wurde. Hier gelang es den politischen Drahtzieherkünstlern der alten Grant-Partei, den Bundes senator Roscoe Conkling der demnächst in Cincinnati oder anderswo zusammentretenden Nationalconvention der Republikaner als republikanischen Präsidentschaftscandidaten zu empfehlen. Allein diese Empfehlung kam nicht ohne harten Kampf zu Stande, indem nahezu der dritte Theil der Conventionsmitglieder dagegen lebhaft protestirte. Herr Roscoe Conkling zählt nämlich zu den intimsten Freunden des Präsidenten Grant, und wenn außer diesem irgend Jemand für die Sünden und Fehler von dessen Administration verantwortlich zu machen ist, so ist dies Herr Roscoe Conkling. Er ist einer der corruptesten Politiker, welche die Union gegenwärtig aufzuweisen hat, denn es würde schwer sein, eine unsaubere Maßregel von Bedeutung aufzuweisen, bei der er nicht unter der Grantregierung die Hand mit im Spiele gehabt hätte. Wie die „New-York Tribune“ meldet, waren die Hauptunterstützer der Empfehlung von Conkling als Präsidentschaftscandidaten auffallender Weise Vertreter von Wahlbezirken, in denen die demokratische Partei die Oberhand hat, während die Delegirten, welche auf der Staatsconvention zu Syracuse die vorwiegend republikanisch gesinnten Wahlbezirke repräsentirten, entweder entschiedene Gegner von Conkling waren oder doch nur widerwillig für ihn stimmten. Jedenfalls werden die unabhängigen Republikaner unter keinen Umständen die Candidatur des Herrn Conkling unterstützen. Aus diesen Gründen unterliegt

es denn wohl keinem Zweifel, daß seine Erwählung zum Präsidenten in das Reich der Unmöglichkeit gehört, weshalb ihn auch das genannte Newyorker Blatt bereits als einen „todten Mann“ (a dead man) bezeichnete.

Nicht viel besser, als die Aussichten Conkling's, sind die des Herrn Oliver P. Morton, eines andern Schildträgers des Präsidenten Grant, der seine Hoffnung in hohem Grade auf die Neger-Convention setzte, welche am 5. April zu Nashville im Staate Tennessee zu tagen beabsichtigte. Diese Nationalconvention der Farbigen war ursprünglich als ein Manöver zu Gunsten des dritten Termins des Präsidenten Grant geplant; nachdem jedoch die Babcock-Affaire und die Betrügereien des Kriegsministers Belknap die Aussichten Grant's vollständig ruiniert hatten, suchte Morton die Convention zu Nashville für sich auszunützen, um mit dem Neger-Votum hinter sich, als Präsidentschaftscandidat vor die republikanische Nationalconvention zu treten! Allein allem Anschein nach wird dieser Plan erfolglos sein.

Von hoher Bedeutung werden die Staatsconventionen der republikanischen Partei in den Staaten Ohio und Pennsylvanien sein, die am 29. März d. J. stattfinden sollten. In dem Augenblick, wo wir diese Zeilen schreiben, ist uns das genauere Resultat dieser Conventionen noch nicht bekannt. In den beiden genannten Staaten nimmt aber die republikanische Partei hinsichtlich der so wichtigen Finanzfrage eine äußerst schwankende Stellung ein; es ist bekannt, welche Mühe es kostete und wie es nur durch die Hülfe von Karl Schurz ermöglicht wurde, die Republikaner von Ohio bei der Herbstwahl des letzten Jahres für die Hartgeldbasis in die Schranken zu bringen. Allerdings sollte die republikanische Partei von Ohio wissen, daß sie in jener Wahl nur als die Vertheidigerin des Hartgeldsystems den Sieg errang; inzwischen aber ist die inflationistische Strömung wieder stärker geworden, und dies mag sich auch in der republikanischen Staatsconvention von Ohio fühlbar gemacht haben. Auch von Pennsylvanien darf sich die Reform-Partei nicht allzuviel Gutes versprechen, so lange der böse Einfluß des intriganten Bundes Senators Simon Cameron, der ebenfalls zu den ergebenen Anhängern Grant's gehörte, daselbst sich geltend macht. Unerwähnt aber wollen wir nicht lassen, daß der frühere Sprecher des Repräsentantenhauses, Blaine, der unter die hervorragendsten Präsidentschaftscandidaten zu zählen ist, warme Freunde in Pennsylvanien besitzt. Außer Blaine wird seit längerer Zeit der jetzige Finanzminister Benjamin S. Bristow als ein Mann genannt, der Aussichten hat, der Amtsnachfolger des Herrn Grant zu sein. Seine Verdienste in der Aufdeckung und Verfolgung der Whiskybetrügereien, sowie seine gesunden Ansichten in der Finanzfrage lassen ihn, neben Charles Francis Adams, als den Lieblingscandidaten der Unabhängigen und der ehrlichen Reformpartei überhaupt erscheinen.

Grenzboten II. 1876.

Von Seiten der demokratischen Partei wurden in jüngster Zeit folgende Männer als Präsidentschaftscandidaten genannt: Hendricks, Thurman, Pendleton und der Hartgeldmann Tilden. Die demokratische Staatsconvention von Pennsylvanien, welche am 22. März in Lancaster (Pennsylvanien) versammelt war, nahm in der Geldfrage eine sehr lauwarme Stellung ein, sprach sich gegen die Wiederaufnahme der Baarzahlung am 1. Juni 1879 aus und lehnte es ab, der demokratischen Nationalconvention in St. Louis einen Präsidentschaftscandidaten zu empfehlen.

Wie die Dinge jetzt liegen, scheint die Partei der Unabhängigen die Nominationen der Präsidentschaftscandidaten Seitens der Republikaner und Demokraten abwarten zu wollen, bevor sie selbst entscheidende Schritte thut. Karl Schurz, einer der Hauptführer dieser Partei, ist gegenwärtig tief niedergebeugt durch den Tod seiner Frau Margarethe, der am 16. März d. J. in New-York erfolgte. Eine geborene Meyer aus dem Hamburger Fabrik- und Handelshause H. C. Meyer, hatte sie vor etwa 24 Jahren Schurz als Flüchtling in London geheirathet und ihn dann nach Amerika begleitet, wo sie ihm in seinem wechselnden Schicksale verständnißvoll zu folgen und dem für ein inniges Familienleben so überaus empfänglichen Manne eine schöne Häuslichkeit zu bereiten wußte. Margarethe Schurz ist ihrem Gatten in Freud und Leid, in Glück und Noth stets eine treue Lebensgefährtin gewesen.

Rud. Doehn.

Sine Berichtigung und einige Fragen.

Wenn es im Allgemeinen verdrießlich ist, sich berichtigen zu müssen, so giebt es doch auch solche Berichtigungen, wo sich dem Schmerze Befriedigung, ja lebhafte, herzliche Freude beimischt, und ein solcher angenehmer Fall ist der folgende:

In dem Artikel über die *Mwabitica* (Nr. 16 der Grenzbl.) hieß es auf Grund einer Aeußerung des Herrn Professor Mommsen im preussischen Abgeordnetenhause, Herr Professor Fleischer in Leipzig habe sein Gutachten für die Echtheit jenes Plunders abgegeben. Man durfte jene Aeußerung, so auffallend sie war, nicht wohl bezweifeln, obschon inzwischen einige räthselhafte Dinge vorgekommen waren. Etliche Tage nach der betreffenden Rede Mommsen's, am 21. März, hatte Professor Fleischer im „Leipziger Tageblatt“ erklärt, daß er jenem „im Vertrauen auf seine Ehrenhaftigkeit“ eine Berichtigung der von ihm gethanen Aeußerung zur Veröffentlichung